

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Erzstanzschrift: Tagesblatt Riesa.
Verneuf Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassentor: Dresden 1830
Winkelstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 245.

Sonnabend, 18. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag. Letzte Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Zähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Regierungskrise noch nicht behoben.

Das politische Karussell.

Wie oft sind wir nun eigentlich schon im Kreise herumgefahren? Wir wissen nicht, steilen schwindelnd vom Höhepunkt und blicken in die sich drehende Welt hinein. Vor 24 Stunden glaubte man doch wenigstens das eine festzustellen zu haben, was auch der Reichskanzler den Parteiführern feierlich verkündete: daß weitere Verhandlungen über die Regierungserweiterung aussichtslos seien. Aber bald darauf war auch das nicht mehr wahr. Mit großem Entschluß trat das Kabinett zusammen, und man wartete 1, 2 bis 2 1/2 Stunden auf die endliche Lösung des Rätsels. Aber der freilebende Berg gehorcht ein Mäuslein: "Morgen ist auch ein Tag." Und auch dieses starb, da der Kabinettsrat garnicht fortgesetzt wurde, vielmehr Herr Marx wieder zu den "ausichtslosen" Verhandlungen mit den Parteiführern zurückkehrte. Eine Frage für sich ist es, ob die augenblickliche Unsicherheit erst dadurch beigegeben worden ist, daß, wie behauptet wird, der Reichspräsident Wert in einer Unterredung mit dem Kanzler diesen bewegen hat, das Zentrum von dem Abrücken nach rechts zurückzuhalten. Zweifellos ging am Mittwoch abend die allgemeine Ueberzeugung dahin, daß die wohlwollende Neutralität der Demokraten genügen würde, um das Zentrum mit der Rechten zusammenzubringen. Die ablehnende Haltung des Parteivorstandes war dann eine Ueberraschung, die noch ungeklärt ist. Was sollte nun das Kabinett beschließen? Gegen die Reichstagsauflösung streuten sich fast alle Parteien, zumal der Aufwand nutzlos vertan werden dürfte. Ein demokratisches Blatt schreibt, die Krisen würden sich so lange immer wiederholen, wie dieser Reichstag am Leben sei. Und wenn nun der nächste ganz ähnlich ausfällt — dann auch? Wollen die Parteien wirklich feststellen, daß sie in einem Reichstag, der die Stimmungen des Volkes widerspiegelt, keine regierungsfähige Mehrheit zustandekommen, dann erklären sie damit den Bankrott des Parlamentarismus. Das sollten sie ernsthaft bedenken! Den nicht im Parteigeist befangenen Bürger interessiert die Zusammensetzung des Kabinetts immer weniger. Wenn nur ordentliche Männer da sind, die vernünftig regieren und die Wirtschaft nicht stören! Eine Verlegenheitslösung mit mehreren "Schmittler", die weiter rechts stehen, bereitet zwar den Fraktionen Kopfschmerzen und innere Kämpfe, würde aber von dem großen Publikum mit Gleichmut aufgenommen werden. Wenn nur irgend etwas geschieht! Ein trübseliger Ausgang.

Keine besonderen Ereignisse am Freitag.

Zur Regierungskrise hat der Freitag bis in die Abendstunden hinein Ereignisse von Belang nicht gebracht, abgesehen von einer Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, die im Laufe des Vormittags stattfand. Die in Aussicht genommene Kabinettsbildung ist nicht abgehalten worden, denn die weitere Entwicklung lag zunächst in den Händen des Reichskanzlers. Dieser hatte im Laufe des Tages nur unverbundene Besprechungen mit einzelnen Persönlichkeiten aus den verschiedenen Parteien, eine offizielle Beratung der Parteiführer zum Reichskanzler war nicht erfolgt, jedoch war die Möglichkeit offen gelassen, daß noch in den Abendstunden eine Parteiführerbesprechung stattfinden könnte. Von den Fraktionen hatten die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen für den Nachmittag Fraktionsführungen angeordnet. Die deutschnationale Partei änderte aber, ohne zur Sitzung zusammenzutreten zu sein, ihre Dispositionen dahin, daß sie erforderlichenfalls erst spät abends ihre Mitglieder versammeln wollte. Die demokratische Fraktion hielt zwar eine etwa einstündige Sitzung ab, konnte sich aber auch infolge der unverständlichen Sachlage nicht in eine neuerliche Besprechung vertiefen. Sie nahm aber einen Bericht des Abg. Dernburg über die Verhandlungen im Aufwertungs-Ausschuß vom Vormittag entgegen, wobei Dr. Dernburg die Bestimmungen in den Vorschlägen des Abg. Emminger (Wagr. Volksp.) über die Aufwertungsbedingungen erläuterte. Auch diese Fraktion wollte erst am späten Abend ihre Mitglieder nochmals berufen, falls bis dahin irgend eine Entscheidung in der Regierungskrise zu besprechen wäre. Auch die Deutsche Volkspartei brach nach kurzer Zeit ihre Sitzung wieder ab, da neuer Beratungsstoff nicht vorlag; sie gedachte erst wieder am Sonnabend eine Sitzung anzusetzen.

Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die in den späten Nachmittagsstunden vom Reichskanzler Marx empfangen worden waren, kehrten gegen 8 Uhr von dieser Besprechung zurück. Zu einem Ergebnis ist es bei dieser Besprechung jedoch noch nicht gekommen. Die Besprechungen werden vielmehr heute Sonnabend fortgesetzt werden.

4 Sitze angeboten?

Nach diesem Empfang trat die deutschnationale Reichstagsfraktion sofort zu einer Sitzung zusammen. Es orientierte in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichskanzler den Deutschnationalen 4 Sitze im Reichskabinett angeboten hat. Die Beratungen der deutschnationalen Fraktion erstreckten sich auf die Persönlichkeiten, die eventuell

in das Kabinett von der Fraktion zu entsenden seien. Als künftige deutschnationale Minister werden in den Wandelgängen genannt die Abgeordneten Gerat und Leopold, der Landtagsabgeordnete Kries und das Mitglied des Reichsrats für Ehrenheim Freidörfer von Gaus.

Die am Nachmittag erörterte Möglichkeit, das Kabinett durch deutschnationale Radikale, die nicht ausgesprochene Parteiführer sind, zu ergänzen, wurde bald aufgegeben, da sie sowohl bei der Deutschnationalen als auch bei der deutschen Volkspartei auf Widerpruch stieß. Das Zustandekommen einer nach rechts erweiterten Regierung soll von den entscheidenden Stellen an die Bedingung geknüpft worden sein, daß der demokratische Reichswehrminister Dr. Gehler trotz des Beschlusses seiner Fraktion als Fachminister dem Kabinett weiter angehöre.

Die demokratische Fraktion.

Hielt in einer Fraktionsführung von kurzer Dauer an einem Entschluß fest, seinem Demokraten die Zugehörigkeit zu einem Kabinett zu gestatten, in dem die Deutschnationalen eine einflußreiche Stellung einnehmen. Reichswehrminister Dr. Gehler erklärte gleichfalls, daß er unbedingte Parteidisziplin wahren wolle. Es verlaute jedoch, daß aus den Kreisen der Reichswehr auf Dr. Gehler ein starker Druck dahin ausgeübt werde, er möge im Interesse der Aufrichterhaltung der Ordnung auch in einem nach rechts erweiterten Kabinett seinen Worten weiter verwalten.

Die heutigen Besprechungen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Besprechung der deutschnationalen Fraktionsführer bei dem Reichskanzler war um 10.30 Uhr beendet. Wie wir hören, fanden in dieser Besprechung keine materielle Erörterungen statt. Die Deutschnationalen bestehen darauf, daß ihnen mindestens 4 Sitze im Kabinett entsprechend den Aufgaben der Deutschen Volkspartei sowie der Bedeutung und Größe ihrer Partei eingeräumt werden. In der deutschnationalen Fraktion hat man sich über die Persönlichkeiten, die eventuell in das Kabinett einzutreten werden sollen, bereits geeinigt. Die Fraktion hat jedoch vorläufig davon Abstand genommen, diese Persönlichkeiten dem Reichskanzler zu benennen, da der Reichskanzler erst noch Rücksprachen mit dem Reichspräsidenten und den Demokraten haben wird.

In der weiteren Entwicklung haben zunächst die Demokraten das Wort, die noch am Vormittag vom Reichskanzler empfangen werden sollen. Es ist bekannt, daß es sich dabei wesentlich um die Frage des Verbleibens des Herrn Dr. Gehler als Reichswehrminister handelt. In parlamentarischen Kreisen verlaute, daß jetzt Reichswehrminister Gehler bereit sein soll, als "Fachminister" in das neue Kabinett einzutreten. Eine Bestätigung des Berichtes war jedoch bis zur Stunde nicht zu erhalten.

Geberts Eingreifen

in die Krise amtlich dementiert.

Berlin. Der Berliner Lokalanzeiger schreibt: Zu der Meldung, wonach der Reichskanzler am Mittwoch abend zum Reichspräsidenten berufen worden ist, und die Wirkung dieser Aussprache in der Vorlage an die zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler geladenen Deutschnationalen und in dem überaus abweisenden Beschlusse der Zentrumsfraktion zu erblicken sei, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß der Reichskanzler selbstständig dem Reichspräsidenten über den Verlauf seiner Verhandlungen zwecks Erweiterung der Regierung mehrfach Bericht erstattet hat. Auch am Mittwoch abend hat der Reichskanzler um eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten nachgesucht. Daß der Reichspräsident dem Reichskanzler befehlen hat, ist falsch. Von der Einladung der Deutschnationalen — es waren übrigens die sozialdemokratischen Parteiführer vom Reichskanzler auch zu einer Besprechung gebeten worden — hat der Reichspräsident überhaupt nichts gewußt.

Die "Vossische Zeitung" zur Lage.

Berlin. In einer redaktionellen Bemerkung zu den Nachrichten über die gestrigen Verhandlungen zur Verlesung der Regierungskrise weist die "Vossische Zeitung" darauf hin, daß ein Reichskabinett, das sich aus Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei zusammensetzt, sogar mit Unterstützung durch die Wirtschaftspartei und den Bayerischen Bauernbund auf dem Papier nur eine Mehrheit von neun Stimmen haben würde. Das hätte aber zur Voraussetzung, daß alle Bänke der Regierungskoalition vollständig besetzt sind und daß alle Angehörigen der Regierungsparteien auch geschlossen für die Regierung stimmen. Schon die Stimmenthaltung einer kleinen Gruppe von etwa zwölf Abgeordneten würde genügen, um ein solches Kabinett zu Fall zu bringen. Aus dieser Feststellung ergibt sich, welche entscheidende Beweiskraft auf die Haltung der Demokraten gelegt werden muß, für die sowohl nach dem genannten Blatte als auch dem Tageblatte "aufolge höchstens eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Reichsregierung, keinesfalls aber eine offizielle Beteiligung an der Regierung in Frage kommt."

Der Streit um die Friedrichshafener Werft.

Ein Schwertschiff des "J. M. 3" für Frankreich?

Paris. Das Journal beschäftigt sich in seinem Leitartikel wiederum mit der Frage der Errichtung der Luftschiffanlagen von Friedrichshafen und bemerkt unter anderem, daß es selbstverständlich sei, wenn Deutschland mit Stolz auf die Leistungen des "J. M. 3" zurückblicke. Aber ein Teil der deutschen Presse verlinde aus diesem Erfolge der deutschen Industrie einen politischen Feldzug zu konstruieren, um gegen einen Teil des Verfaller Vertrages zu protestieren. Das Blatt verweist auf Artikel 202 des Verfaller Vertrages und zwar im einzelnen auf Absatz 3 Teil 6, monach alles militärische Material für Luftschiffahrt und Schifffahrt an die alliierten und assoziierten Mächte zu übergeben ist, mit Ausnahme von 100 Wasserflugzeugen, die zum Ausfluchen von Minen bestimmt sind. Das Blatt meint, daß die interalliierte Kontrollkommission unter General Walches, dem Nachfolger des jetzigen Kriegsministers Rollet, unter Bezugnahme auf Artikel 204 von Deutschland die Durchführung des Artikels 202 verlangen werde. Sollte Deutschland sich weigern, nach den Bestimmungen dieses Artikels zu handeln, dann würden die Alliierten den Obersten Rat einberufen. Frankreich ist in diesem Rat durch Marshall Foch und General Deltiers vertreten. Die Vertreter Englands, so fügt das Blatt hinzu, werden sich des Krieges erinnern, und die Regierung wird sich an die Meinung des Obersten Rates halten. Jedenfalls sei aber noch nicht in der nächsten Zeit mit diesen Maßnahmen zu rechnen, da man erst abwarten werde, wie die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wegen der Lieferung eines ähnlichen Luftschiffes wie "J. M. 3" ausgehen werden. Sollte die Reparationskommission sich einverstanden erklären, so würden die Anlagen in Friedrichshafen noch eine Reihe von Jahren erhalten bleiben. Schließlich, so meint das Journal, könne ein Juppelkreuzer von dem Ausmaß des "J. M. 3" keine Kriegswaffe darstellen. Sollte sich der Oberste Rat der Alliierten wirklich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, so würden die Argumente beider Seiten vollkommen berücksichtigt werden.

Demokratische Vermittlungsversuche in Frankreich.

Berlin. Zur Zeit weilen einige führende Persönlichkeiten der deutschen demokratischen Partei in Frankreich, um durch Vermittlung ihrer persönlichen Bekannten und Bekanntenfreunde in der französischen radikalen Partei den Versuch zu machen, auf das französische Kabinett einzurücken, um es dazu zu bewegen, seine Zustimmung zur Beibehaltung der Juppelkreuzer zu geben. Die demokratischen Persönlichkeiten werden versuchen, Herrin vorzugeben, daß das Beharren Frankreichs auf den überholten Bestimmungen des Verfaller Vertrages, die den weiteren Bau von Luftschiffen in Deutschland verbieten, eine empfindliche Störung der französisch-deutschen Beziehungen zur Folge haben und die Agitation der deutschen Reichspartei erheblich fördern würde. Es haben sich unter der radikalen Partei auch bereits führende Persönlichkeiten gefunden, die den deutschen Delegierten erklärten, daß sie sich den Bemühungen anschließen würden. Trotzdem ist der Erfolg dieser Aktion vorläufig noch nicht als aussehnd zu betrachten, weil den deutschen Abgeordneten ganz offen erklärt wurde, daß in der Mitte und der Rechten der französischen Kammer der Widerstand gegen ein solches Entgegenkommen so hartnäckig sein werde, daß Herrin, dessen Position durch die Verhandlungen mit den Beamten augenblicklich ohnehin gefährdet ist, zur Zeit wohl noch keine entscheidenden Schritte nach dieser Richtung hin unternehmen dürfe.

Eine schwedische Stimme zum Verbot des deutschen Luftschiffbaues.

Stockholm. Svenska Dagbladet widmet der Ankunft des J. M. 3 in Amerika einen Leitartikel, der auf das Verbot des deutschen Luftschiffbaues durch den Friedensvertrag mit folgenden Worten einght: Wie lange hält man es für möglich, Deutschland, während die übrige Welt die Flugtechnik nach allen Richtungen hin entwickelt, als eine verächtliche Nation abzustempeln, die nicht einmal an der Entwicklung des lenkbaren Luftschiffes als Verkehrsmittel teilnehmen darf, das doch in der Hauptanlage ein Produkt deutscher Arbeit ist? Wie lange glaubt man die Entwicklung, deren Lebensstern ihre Universalität ist, mit einer so einseitigen Kontrolle darzustellen, beschränkt zu können, ohne sie hierdurch von Grund auf zu verfälschen und in ihrem Gleichgewicht unheilbar zu stören? Man ist in der Kunst, die Flugmaschinen zu stabilisieren, weit gelangt, aber den Bestand des Völkerbundes mit dem zu vereinen, was hinter der Fahrt des letzten Juppelins über den Atlantik liegt, übersteigt menschliches Vermögen.

Magnahmen gegen Lebensmittelpreiserhöhung in Italien.

Rom. (Funkpruch.) Der Vorstand der italienischen Bürgermeisterversammlung macht die Regierung darauf aufmerksam, daß von Spekulantenteuren und Mehl aufgekauft und zurückgehalten werde, wodurch sich das neue Steigen der Preise der Lebensmittel erkläre. Die Bürgermeisterversammlung schlägt vor, eine Befristung sämtlicher Mehl- und Getreidevorräte im Lande vorzunehmen zu lassen, um dann mit feilen staatlichen Preisen zur Requirierung schreiten zu können.